

NaturFreunde für den Frieden

Informationsbroschüre



Kriege fallen nicht vom Himmel, sie haben soziale, ökonomische, ökologische und kulturelle Ursachen. Von daher ist die soziale und ökologische Gestaltung der Transformation eine Voraussetzung für die Friedenssicherung.

Inhalt

A. Vorwort

Unsere Geschichte: Einsatz für den Frieden 4

B. Frieden in Bewegung - ein Rückblick 6

1. Unsere Wanderung - ein Erfolg 6

2. Friedensengagement ist wichtiger denn je 8

3. Alte Strukturen neu stärken 9

C. Die doppelte Gefahr der Selbstvernichtung 11

1. Die Schutzschichten sind dünn geworden 11

2. Die Welt am Rande des Friedens 14

3. Vertane Chancen 19

4. Der 2-Prozent-Fetisch 25

5. Unsere Zeit braucht gemeinsame Sicherheit 27

6. Friedensprojekt Europa? 30

7. Wer den Frieden will, muss für den Frieden kämpfen 33

Herausgeber

NaturFreunde Deutschlands

Warschauer Str. 58a/59a

10243 Berlin

Telefon: (030) 29 77 32-60

info@naturfreunde.de

www.naturfreunde.de

Redaktion: Michael Müller/Uwe Hikschi

Oktober 2021

Wenn es um den Frieden geht, hat jeder das Recht, ja sogar die Pflicht, mitzureden. Wir mischen uns ein, weil wir den Frieden bedroht sehen. Deshalb melden wir uns zu Wort. Wir bezweifeln nicht die Zuständigkeit demokratisch legitimierter Gremien. Die alleinige Kompetenz indes, für den Frieden tätig zu sein, haben sie nicht, zumal sie auf alten Gleisen festgezurrt sind. Alternativen, insbesondere die große Idee der Gemeinsamen Sicherheit, werden in der Politik weitgehend ignoriert.

Die Geschichte der NaturFreunde ist geprägt von einem Einsatz für Frieden und Entspannung. Wir sagen Nein zum Aufrüsten und Ja zu Abrüstung. Die Friedenspolitik muss wieder zu einem wichtigen Thema werden. Auf der zusammengewachsenen Welt, die heute neu geordnet wird, nehmen die Spannungen zu. Neue Konflikte tun sich auf. Doch Sicherheitspolitik wird in erster Linie gleichgesetzt mit militärischer Stärke. Dabei haben die militärischen Interventionen der letzten Jahrzehnte keinen Konflikt entschärft, sondern neue Gewalt ausgelöst.

Es ist ein Irrsinn, dass die Rüstungsausgaben auf neue Rekordhöhen steigen und davon 75 Prozent allein auf die ersten zehn Länder in der traurigen Rangliste der Militärgiganten entfallen. Deutschland liegt bereits auf Platz sieben und war in den letzten zwei Jahren das Land mit dem höchsten Zuwachs unter den ersten 15 Ländern. Wir wollen die Aufrüstung und die Militarisierung der internationalen Politik stoppen. Mit Vernunft hat diese Politik des kalten Krieges nichts zu tun.

Das 21. Jahrhundert muss zu einem Jahrhundert der Nachhaltigkeit werden, das soziale Gerechtigkeit, ökologische Verträglichkeit und mehr Demokratie miteinander verbindet. Doch es droht zu einem Jahrhundert neuer Gewalt und erbitterter Verteilungskämpfe zu werden.

Deshalb ist unsere Einmischung eine Aufforderung zu einem anderen Denken und Handeln. Denn, so der Friedensnobelpreisträger Willy Brandt: Ohne Frieden ist alles nichts. In der Demokratie gibt es kein Monopol auf politische Willensbildung. Im Gegenteil: Die Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft. Unsere Zeit braucht eine starke Friedensbewegung. Und die Friedenspolitik muss eng mit der Umweltbewegung zusammenarbeiten.

A. VORWORT

Unsere Geschichte: Einsatz für den Frieden

Die NaturFreunde sind ein Verband, dessen Geschichte eng mit dem Einsatz für Abrüstung, Entspannung und Frieden verbunden ist. Das haben wir zuletzt mit unserer deutschlandweiten Friedenswanderung von Hannover in Norddeutschland bis Konstanz am Bodensee gezeigt. In dieser Broschüre geben wir auch dazu einen kurzen Rückblick. Unser Dank gilt allen, die sich beteiligt haben, besonders Yannick Kiesel, der die Friedenswanderung mit großem Einsatz und viel Kreativität organisiert hat.

Wir wollen nicht, dass „**Frieden in Bewegung**“ eine einmalige Aktion bleibt. Daraus soll auf immer anderen Strecken, aber immer mit Bezug zu Geschichte und Friedensaktivitäten eine Tradition werden. Und wir laden Partner*innenorganisationen – insbesondere aus dem sozialen und gewerkschaftlichen Bereich – ein, bei uns mitzumachen.

Unser Verband wurde zwischen 1933 und 1945 von den Nationalsozialisten verboten, und nach 1948 in der DDR nicht wieder zugelassen. Als einziger Verband aus dem Umweltbereich haben wir die ideologische und organisatorische Gleichschaltung der Nationalsozialisten nicht mitgemacht. Die Mehrheit unserer Mitglieder hat Nein zu Faschismus und Krieg gesagt und Widerstand geleistet. Dagegen waren die anderen damaligen Organisationen im Umwelt- und Naturschutz sowie der Heimatpflege von schneller Anpassung oder einem nationalistisch-antisemitischen Naturschutz geprägt, der erst in den 1970er-Jahren gebrochen wurde. Heute versucht diese Ideologie mit der AfD („das wahre Grün ist blau“) und ihren verbündeten Organisationen einen neuen Anlauf.

Wir NaturFreunde sind ein Teil der Friedensbewegung. Wir gehören zum Lenkungskreis von **Abrüsten statt Aufrüsten**, engagieren uns in **Neue Entspannungspolitik Jetzt!** und sind ein anerkannter Partner bei den **Ostermärschen**. Auch haben wir einen entscheidenden Anstoß und Beitrag zu der ganzseitigen Anzeige zum 8. Mai 2020, dem Tag der Befreiung vor 75 Jahren, in der Süddeutschen Zeitung gemacht: **„Nein zur Sprache der Gewalt, Ja zu einer Kultur des Friedens“**.

Abrüsten statt Aufrüsten gehört zu den Grundüberzeugungen der NaturFreunde. Wir wollen, dass Rüstungsexporte beendet werden. Ebenso die Interventionskriege, die kein Problem lösen, aber neue Konflikte verursachen. Willy Brandt hatte Recht: „Entspannung und Abrüstung wird im historischen Prozess aus anderen Gründen geschehen, aber nicht als Ergebnis von militärischem Druck.“ Im Gegenteil: Dieser löst heute eine gefährliche Spirale von Gewalt und Gegengewalt aus.

Nächstes Jahr ist es 40 Jahre her, dass der schwedische Regierungschef Olof Palme den UN-Bericht **„Unsere Gemeinsame Sicherheit“** vorlegte. Die zentrale Aussage war, dass Sicherheit nicht gegen, sondern nur mit dem vermeintlichen oder tatsächlichen Gegner geschaffen werden kann. Das ist die Grundlage für Abrüsten und Entspannung. Heute in einer Zeit, in

der wir entweder zu einer gemeinsamen Sicherheit kommen oder es keine gibt, gilt das noch mehr. Krieg wäre das Ende aller Dinge.

Wir brauchen - wie in den 1980er-Jahren - auch heute das Bündnis von Gewerkschaften, Friedens- und Umweltbewegung. Damals war es die Ablehnung der Atomkraft, die Friedens- und Ökologiegruppen zusammengeführt hat, gegen die manifesten Bedrohungen der Atombomben wie der Atomkraftwerke. Heute sind es vor allem schleichende Gefahren aus der Globalisierung der Umweltzerstörung, die mit der Klimakrise zuerst eine neue oder vertiefte Spaltung der Welt und dann sogar die Selbstvernichtung der menschlichen Zivilisation verursachen können.

Erbitterte Verteilungskämpfe aus denen Kriege werden können drohen auch bei der Sicherung des Zugangs zu natürlichen Ressourcen. Die Geschichte der Nahost-Konflikte zeigt, dass der Zugang zu billigem Öl und die Sicherung der Transportrouten zentrale Gründe für Kriege waren, die wiederum weltweit eine Spirale der Gewalt ausgelöst und die arabische Welt zur erstrangigen Krisenregion gemacht haben. Konflikte, die immer wieder auflodern und die Welt bedrohen.

Der Frieden, unvollkommen wie er ist, ist also nicht allein durch Hochrüstung bedroht. Frieden kann nicht ausschließlich als Nicht-Krieg definiert werden. Wir brauchen schnelle Lösungen für die sich zuspitzenden globalen Konflikte, die eine wachsende Bedeutung für das friedliche Zusammenleben der Menschen bekommen.

Vieles lässt uns befürchten, dass die Menschheit heute immer mehr am Rande des Friedens steht. Mit Globalisierung sozialer und ökologischer Verletzungen entsteht auch neue Gewalt, aus der Kriege werden können. Aber es fehlt der politische Wille, zu Entspannung und weltweiter Kooperation zu kommen.

Die NaturFreunde werden gebraucht, nicht nur in Deutschland, sondern als Teil einer weltweiten Bewegung für mehr Frieden.

Michael Müller

Bundesvorsitzender der NaturFreunde Deutschlands

Uwe Hirsch

Mitglied des Bundesvorstands der NaturFreunde Deutschlands

Berlin, Oktober 2021

B. FRIEDEN IN BEWEGUNG - EIN RÜCKBLICK

1. Unsere Wanderung - ein Erfolg

Die NaturFreunde Deutschlands haben ihr Ziel erreicht und ihre deutschlandweite Friedenswanderung nach 55 Tagesetappen und über 1100 gewanderten Kilometern am 4. Juli 2021 in Konstanz beendet. Darauf sind wir stolz. Die Wanderung begann am 12. Mai 2021 mit einer Kundgebung vor dem Rathaus in Hannover mit Kultur und über 150 Teilnehmenden, Tausende weitere folgten in den Wochen danach. Wir haben gemeinsam mit vielen Organisationen und Friedensinitiativen auf unserer Strecke über 40 Veranstaltungen organisiert. Hierzu zählten Kundgebungen, Podiumsdiskussionen, Vortragsreihen und abendliche Konzerte.



Zusätzlich waren 35 Empfänge durch Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie Stadtvertreter und Stadtvertreterinnen besondere Ereignisse auf unserer Wanderung. Wir freuen uns sehr, dass unser Engagement bei den Kommunen und Städten auf viel positive Rückmeldung gestoßen ist. Dies zeigt einmal mehr, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir durften den Städten unsere NaturFreunde-Friedensfahne übergeben und wir hoffen, dass unsere Besuche auch dazu führen, dass mehr Kommunen Teil der Bewegung „Mayors for Peace“ werden.



Was waren das für tolle Ereignisse? Jeder einzelne Tag brachte neue Bekanntschaften, Gespräche und Erfahrungen. Wir haben uns durch extreme Regenfälle und kalte Temperaturen gekämpft, in der heißen Sommersonne geschwitzt oder mussten uns bei Gewittereinbrüchen spontan in Kirchen zurückziehen.

Wir konnten viel über die bewanderten Regionen erfahren, neue Initiativen kennenlernen und uns zur gemeinsamen Idee der Friedens- und Abrüstungspolitik vernetzen. Unsere Ortsgruppen konnten sich zeigen und vorstellen, eigene Ideen einbringen und gemeinsam Veranstaltungen organisieren. Es wurden Kunstprojekte geschaffen, Berichte geschrieben und Erinnerungsstücke gesammelt. Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer nimmt für sich eigene Erfahrungen und Eindrücke mit, in der Hoffnung, dass diese das Gemeinschaftsgefühl untereinander und die Friedensbewegung insgesamt stärken.



Die NaturFreunde haben gezeigt, wofür sie stehen, politisch und historisch. Wir haben uns mit der Friedensbewegung vernetzt, zu der wir gehören. Diese Kontakte wollen wir in den kommenden Jahren nutzen, um gemeinsam das Friedensthema wieder präsenter zu machen. Die NaturFreunde verstehen sich dabei auch als Bindeglied zwischen Umwelt-, Klima- und Friedensbewegung. Wir wollen die Friedenswanderung nun alle zwei Jahre auf unterschiedlichen Routen veranstalten.

1. Friedensengagement ist wichtiger denn je

Mit der Bundestagswahl stand auch das Thema Frieden und Friedenssicherung auf der Wunschliste vieler Wähler und Wählerinnen. Deren Sorgen vor einem „weiter so“ bei der Aufrüstung und einem neuen kalten Krieg sind nicht unbegründet. Die Außenpolitik wird zunehmend geprägt durch Konfrontation, die durch verschiedene globale wirtschaftliche Interessen noch verstärkt wird. Wie oft haben wir uns die weltweiten Dilemmata bestehender Konflikte angesehen und festgestellt, dass sie teilweise nur als „Stellvertreter“ der großen Nationen ausgetragen wurden und werden. Umstürze unliebsamer Regierungen werden reihenweise vorangetrieben, Kriegsandrohungen gehören schon lange zum Umgangston, Säbelrasseln und Konfrontation sind eine nicht enden wollende Wiederholung.

Genau das ist das Problem: Aggression, Strafzölle und Drohgebärden gehören in der Außenpolitik fast zur Normalität. Allseits Ellenbogen ausfahren und mit Sanktionen drohen, so lautet die Devise. Zivile Konfliktlösungen und eine generelle Abrüstung scheinen in weite Ferne

gerückt. Dabei geht es auf der zusammengewachsenen Welt um eine gemeinsame Sicherheit. Stattdessen bestimmen unbemannte Kampfdrohnen und die Beschaffung amerikanischer F-18-Bomber die Nachrichten, die möglicherweise mit deutscher Hilfe US-Atombomben in ihr Ziel fliegen können. Mehr noch: In der EU werden die Stimmen laut, zu einem neuen militärischen Weltmachtstatus zu kommen.

Wir müssen dem entgegenreten. Wir fordern von der künftigen Bundesregierung, dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten und für einen Abzug der in Deutschland stationierten US-Atomwaffen einzutreten. Die Steigerung der Rüstungsausgaben auf 2 Prozent der Brutto-wirtschaftsleistung bis 2031 lehnen wir entschieden ab. Dies würde die Militärausgaben auf 80-100 Mrd. US-Dollar jährlich erhöhen. Deutschland würde auf Rang 3 oder 4 der Länder mit den höchsten Rüstungsausgaben weltweit aufsteigen. Die Hälfte dieser Ausgaben würde ausreichen, um alle Schulen in Deutschland zu sanieren. Oder einen wichtigen Schritt beim Klimaschutz zu machen.

Das oberste Ziel angesichts der globalen Herausforderungen auf unserer Erde muss eine friedliche und nachhaltige Entwicklung sein. Durch eine umfassende internationale Zusammenarbeit muss die globale Aufrüstung beendet werden. Die freiwerdenden Ressourcen müssen in eine sozial gerechte, ökologische und wirtschaftlich vernünftige Gestaltung der Gesellschaft investiert werden. Wir brauchen eine friedliche Weltinnenpolitik.

Die NaturFreunde wollen eine Reform unserer Gesellschaft, wir wollen mehr Demokratie und Gerechtigkeit. Wir sind dafür in vielen Bereichen der Gesellschaft aktiv. Durch unser breites Spektrum an Themenfeldern haben wir die Möglichkeit uns in vielen Bereichen der Gesellschaft für eine sozial-ökologische Gestaltung der heutigen Transformation einzusetzen.



2. Alte Strukturen neu stärken

Die NaturFreunde werden ihr Engagement in der Friedenspolitik verstärken. Mit „Frieden in Bewegung“ wurde eine Möglichkeit geschaffen, über Initiativen und Veranstaltungen das

Friedenthema im NaturFreunde-Kosmos sichtbar zu machen. Durch die Friedenswanderung wurde klar, dass es viele engagierte Mitglieder in unserem Verband gibt, die mit viel Herzblut Aktionen und Veranstaltungen organisieren. Es ist daher auch innerverbandlich von großem Interesse, Frieden als ein Kernthema der NaturFreunde herauszustellen.



Wir müssen die Vorreiterrolle als Bindeglied der Umwelt- und Friedensbewegung, die wir seit den 50er- und 60er-Jahren innehaben, wieder annehmen und stärker bedienen. Die Friedenswanderung hat uns gezeigt, dass wir dazu in der Lage sind. Die geschaffenen Strukturen und Kooperationen müssen aktiv weiterentwickelt werden, damit die NaturFreunde auch in der Friedensbewegung wieder als Anlauf- und Koordinationsstelle und wichtiger Kooperationspartner für gemeinsame Aktionen dienen. Diese Rollen können und müssen wir annehmen, um den Raum zwischen Umwelt- und Friedensbewegung zu füllen.

Yannick Kiesel, Koordinator von „Frieden in Bewegung“ 2021

C. DIE DOPPELTE GEFAHR DER SELBSTVERNICHTUNG

1. Die Schutzschichten sind dünn geworden

Corona-Pandemie, Klimakrise, Peak-Water und Peak-Oil, zugespitzte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Konflikte zeigen die Verletzlichkeit unserer Welt auf. Globale Bedrohungen, Unsicherheiten, Krisen und Verteilungskämpfe nehmen zu, Aus beherrschbaren Risiken werden schwer zu kontrollierende Gefahren. Sie decken die Widersprüche und die Machtverteilung unserer Zeit auf. Indem die Welt zu einem einzigen Markt wird, werden die Schutzschichten des menschlichen Lebens zerstört.

Damit wächst auch die Gefahr von Gewalt und Krieg. Doch die Bedeutung der Friedensfrage steht – zumindest derzeit noch – in einem deutlichen Missverhältnis zu ihrer öffentlichen und politischen Beachtung, wobei sich entscheidende Parameter in unseren „postnationalen Zeiten“ (Jürgen Habermas) grundlegend verändert haben und weiter verändern werden.

Tatsächlich baut sich heute die wahrscheinlich größte Bedrohung für die Menschheit vor uns auf: die doppelte Gefahr einer Selbstvernichtung der Menschheit. Eine schnelle Selbstvernichtung durch die Aufrüstung, eine langsame Selbstvernichtung durch die Klimakrise und die Zerstörung der Natur. Die Tragweite der Veränderungen wird wahrscheinlich erst in einigen Jahrzehnten richtig deutlich werden.

Die vorherrschende Antwort auf die wachsenden Unsicherheiten, den Rückfall in den Kalten Krieg und den Aufstieg neuer Akteure heißt in großen und wirtschaftlich starken Staaten Aufrüstung. Sie wollen damit ihre Macht zeigen und ihre dominante Stellung bewahren. Eine Stärke, die unrealistisch ist, wenn sie in den Untergang führt. Dennoch findet eine Militarisierung in den internationalen Strategien statt. Die Militärausgaben erreichen – wie die Erhebungen von SIPRI (Stockholm International Peace Research Institute) belegen – mit knapp zwei Billionen US-Dollar neue Rekordhöhen.

Länder, die über Atomwaffen verfügen

Russland	USA	Frankreich	China	Großbritannien	Pakistan	Indien	Israel	Nordkorea
6850	6450	300	280	215	150	140	80	15

Neun Staaten verfügen über 14.465 Atomwaffen. Fast 2000 dieser Atomwaffen werden in hoher Betriebsbereitschaft gehalten. Im rheinland-pfälzischen Fliegerhorst Büchel werden 20 Atombomben gelagert.

Was vor allem in den 1980er-Jahren an Abrüstung und Rüstungskontrolle erreicht wurde, wird wieder eingerissen. Das betrifft nicht nur den INF-Vertrag, der am 8. Dezember 1987 von *Michail Gorbatschow* und *Ronald Reagan* unterzeichnet und von Donald Trump aufgekündigt wurde. Der INF-Vertrag hat zur Abrüstung von 2.600 landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 Kilometern sowie ihrer Abschussvorrichtungen geführt. Diese Mittelstreckenraketen hätten mit einer nur sehr kurzen Vorwarnzeit ihr Ziel erreicht, wobei sie extrem tief fliegen können, so dass sie vorrangig als Erstschlagswaffen gelten.

Auch das NEW-Start-Abkommen ist gefährdet, das die nukleare Stabilität zwischen den USA und Russland, die zusammen über mehr als 90 Prozent aller Atomwaffen verfügen, regeln soll. Start I (Strategic Arms Reduction Treaty) wurde am 31. Juli 1991 unterzeichnet. Der Vertrag sieht eine Verminderung der nuklearen Trägersysteme und eine Obergrenze für Atomsprengköpfe vor. In der Folge haben Weißrussland, Kasachstan und Ukraine ihre Atomwaffen vollständig abgerüstet.

Am 3. Januar 1993 kam es zu Start II, dessen Ziel die Vernichtung aller landgestützten Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen (MIRV) ist, doch der Vertrag trat nicht in Kraft. *New Start* steht für Maßnahmen zur weiteren Reduzierung und Begrenzung strategischer Angriffswaffen, er wurde von Barack Obama und Dimitri Medwedew am 8. April 2010 unterzeichnet, wurde Anfang 2021 um fünf Jahre verlängert und wird weiterverhandelt.

Aus Deutschland werden im politischen Raum Rufe nach nuklearer Aufrüstung lauter. Der CDU-Europapolitiker Elmar Brock und der CDU-Verteidigungsexperte im Bundestag Roderich Kiesewetter schließen diese Option nicht aus, also eine neue Runde atomarer Rüstung in Europa. Auch Ursula von der Leyen nicht: „Gerade weil wir am Anfang der Diskussion stehen, ist es eben wichtig, dass wir jetzt nicht anfangen zu hierarchisieren oder einzelne Punkte rauszunehmen, sondern wirklich die ganze Palette auf dem Tisch liegen lassen“. Was soll das heißen? In welchem Land der EU sollen neue Atomwaffen stationiert werden?

Vor diesem Hintergrund hat die Gemeinschaft der Atomwissenschaftler*innen die „Weltuntergangsuhr“ bereits auf zwei Minuten vor 12 Uhr gestellt. Sie dokumentiert die Gefahr einer schnellen Selbstvernichtung

unserer Zivilisation. Das Ende des menschlichen Lebens wird aber nicht nur durch einen 3. Weltkrieg denkbar, sondern auch durch die Überlastung und

Auf der Weltklimakonferenz 1988 im kanadischen Toronto hat Gro Harlem Brundtland die vom Menschen verursachte Erderwärmung als eine „langsame Atombombe“ bezeichnet, bei der die Menschheit die Hand unmittelbar am Zünder hat.

Zerstörung der Natur, die in den letzten Jahrzehnten eine globale Dimension angenommen hat. Der ökologische Fußabdruck ist so tief, dass die Menschheit 1,7 Erden bräuchte. Der „Welterschöpfungstag“ wurde 2021 bereits Ende Juli erreicht, denn Rest des Jahres zehren die Menschen von der biologischen Substanz.

In vier von neun Dimensionen des Erdsystems werden planetarische Grenzen überschritten: Klimasystem, biologische Vielfalt, Stickstoffkreislauf und Süßwasserreserven. Noch in diesem Jahrzehnt werden wir in der Troposphäre eine Konzentration an wärmestauenden Treibhausgasen von 430 ppm erreicht haben. Wenn wir an diesem Punkt sind, ist eine vom Menschen verursachte Erderwärmung um 1,5° C nicht mehr zu verhindern. Diese erste kritische Marke wird wahrscheinlich um das Jahr 2045 überschritten sein. Danach kommen die dramatischen Kipppunkte im Erdsystem schnell näher. Das ist der langsame Selbstmord.

Wir dürfen dem Sterben unseres Planeten nicht fassungslos zusehen. Es ist nicht zuletzt eine Frage des Friedens, wieviel unser geschundener und ramponierter Planet noch erträgt. Deshalb müssen wir den Begriff des Friedens weiter fassen, zumal wir nicht nur Mitwisser*innen, sondern auch Mittäter*innen dessen sind, was unserem Planeten zugemutet wird.

Politisch zu sein, verlangt unter die Oberfläche der Erscheinungen zu gucken, Zusammenhänge zu verstehen und daraus längerfristige Perspektiven für das eigene Handeln abzuleiten. Aber unsere Zeit ist radikal auf die Gegenwart programmiert. Richard Sennett spricht über den globalen Arbitragekapitalismus vom „Regime der kurzen Frist“ mit einer „erniedrigenden Oberflächlichkeit“, die jeder klassischen Vernunft widerspricht, weil die immer eine Reflexion notwendig macht.

2. Die Welt am Rande des Friedens

In den „Gefängnisbriefen“ schrieb der Kulturphilosoph Antonio Gramsci: „Alles hat ein Innen und ein Außen, die Macht der Herrschenden ist immer auch die Ohnmacht der Beherrschten“. Auch Krieg ist kein Schicksal und keine Naturgewalt. Er hat immer eine Vorgeschichte, die wir hinnehmen oder verändern. Das ist eine gesellschaftliche Frage und eine politische Herausforderung.

In einer Zeit, in der die Welt neu geordnet werden muss, dürfen wir nicht nur Zuschauer*innen sein, sondern müssen die Demokratie stärken. Wir sind nicht ohnmächtig, sondern können Wirtschaft und Gesellschaft sozial und ökologisch gestalten. Das erfordert national und auch international eine solidarische Ordnung, ohne die ein gutes Leben nicht möglich ist. Unsere Zeit darf sich deshalb nicht wirtschaftlichen und militärischen Interessen unterwerfen, sie muss sich von der Sachunlogik der Technokrat*innen und Lobbyist*innen befreien.

Unser Leitbild für die zusammengewachsene Welt ist die **Idee der Gemeinsamkeit**, sie ist die Grundlage für die Programmatik der **Nachhaltigkeit**. Nur in einer Welt, die weder Mangel noch Überfluss kennt, die dem Prinzip Verantwortung gerecht wird, haben die Menschen eine gute Zukunft.

Deshalb setzen wir uns ein für mehr Demokratie und Gerechtigkeit, für die Verwirklichung humaner Rechte und für politische Rahmensetzungen, mit denen sich die Menschen von wirtschaftlichen und technischen Zwängen befreien können. Das Beispiel der (allerdings unvollkommenen) Europäischen Union, deren Gründungsgeist auf Kooperation und Gemein

samkeit angelegt ist, wofür sie mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, belegt,

dass hierin ein Schlüssel für Sicherheit, Stabilität und Frieden liegt. Dass es, wie

Gramsci aufgezeigt hat, zwischen der inneren Verfassung einer Gesellschaft und den regulativen Prinzipien, die sie der Welt vorschlägt, eine gewisse Übereinstimmung geben muss, das hat vor allem Georg Friedrich Wilhelm Hegel in seiner historisch-dialektischen Denkweise deutlich gemacht.

Kriege fallen nicht vom Himmel, sie haben soziale, ökonomische, ökologische und kulturelle Ursachen. Von daher ist die soziale und ökologische Gestaltung der Transformation eine Voraussetzung für die Friedenssicherung.

Wir können nicht warten bis sich eine globale Vernunft einstellt, das gilt besonders für die Frage des Friedens. Es kommt auf uns an, heute und sofort. Wir müssen schnell beginnen: **Abrüsten statt Aufrüsten**, eine **neue Entspannungspolitik jetzt!** und **gemeinsame Sicherheit**. Andernfalls droht das 21. Jahrhundert zu einem Jahrhundert neuer Gewalt und erbitterter Verteilungskämpfe zu werden. Die Weichen, wohin das Pendel schlägt, werden in unserem Jahrzehnt gestellt.

Aus historischen Gründen und aus purer Vernunft und Verantwortung sind wir zum Widerstand gegen Hochrüstung und Militarisierung verpflichtet. Die NaturFreunde sind überzeugt, gemeinsame Sicherheit, Entspannung und ein friedliches Zusammenleben sind möglich. Das wollen wir. Für diese konkrete Vision setzen wir uns ein in und mit der Friedensbewegung, deren Teil wir seit Jahrzehnten sind. Wir wollen die wieder zunehmende Aufrüstung und Militarisierung der internationalen Politik beenden und mit aller Kraft für eine Zivilisierung des internationalen Zusammenlebens eintreten.

Nur so können die multiplen ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisen entschärft werden. Es passt nämlich nicht zusammen, einerseits von Frieden und Entspannung zu reden, aber andererseits weiter aufzurüsten und bewaffnete Drohnen zu beschaffen, neue Atomwaffensysteme zu installieren, einen kalten Krieg zu entfachen und eine separate europäische Armee aufzubauen. Schon die historischen Belastungen durch den Kolonialismus und die fatale Großraumideologie verbieten das.

Vieles ist unsicher geworden, neue globale Bedrohungen wie die Klimakrise sind hinzugekommen, die ihre Ursache in Neoliberalismus und Finanzgier, Ausplünderung der Natur, weltweiter Konkurrenz um Rohstoffe, offenen globalen Märkten und sozialen Ungleichheiten haben. Sie spitzen sich dramatisch zu und haben weitreichende Folgen und synergistische Wirkungen. Eine Minderheit vermehrt ihren Wohlstand auf Kosten Dritter: „Wir leben nicht über unsere Verhältnisse. Wir leben über die Verhältnisse anderer“.

Immer mehr Menschen – im globalen Norden wie zunehmend auch im globalen Süden – machen sich eine „imperiale Lebensweise“ zu eigen, die sich „an den ökologischen und so-

zialen Ressourcen andernorts (bedient), um sich selbst einen hohen Lebensstandard zu sichern¹. Mit der Erderwärmung und Naturzerstörung vergrößern sich die sozialen Ungleichheiten. Zeitlich und räumlich sind nämlich ihre Folgen in höchst ungerechter Weise verteilt. Wüstenzonen, tiefliegende Inseln, Flussdeltas und bevölkerungsreiche Küstenregionen, die kaum über die Mittel verfügen, sich schützen zu können, sind in der Regel viel eher und viel stärker von Wetterextremen betroffen als die Länder des globalen Nordens.

Nicht nur durch Krieg und Terror verursacht, sondern auch durch Armut und Umweltzerstörung waren im Jahr 2016 über 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Die große Wanderung hat also schon begonnen. Fast täglich sehen wir die Bilder vom Elend wuchernder Slums, riesiger Armutsviertel und sich ausbreitender Zonen des Hungers. Die Spaltung der Welt wird tiefer. Es wäre eine trügerische, ja unmoralische und reaktionäre Illusion, der reiche Teil der Erde könne sich in grünen Oasen des Wohlstands vom Rest der Welt abschotten, der umso mehr von der Klimakrise, Kampf um knappe Rohstoffe und dem Zusammenbruch landwirtschaftlicher Systeme betroffen sein wird.

Die simple Antwort, die von vielen Meinungsführer*innen in Politik und Medien auf die Frage nach Sicherheit gegeben wird, heißt: mehr Geld für die Rüstung. Sie ist falsch und beschleunigt die Spirale der Gewalt. In unserem Land wird sie begründet mit der kruden Behauptung, der „deutschen

Verantwortung“ gerecht zu werden. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte zeigen, dass ein Krieg die dahinterstehenden Konflikte und Spannungen nicht lösen kann, sondern oft sogar verschärft (das gilt auch für Reaktionen auf terroristische

Wir haben allen Anlass, uns um den Frieden zu sorgen. Friedenspolitik heißt nicht nur Abrüstung, heißt nicht nur Entspannung mit Gegnern, heißt nicht nur Suche nach Vertrauensbildung und Gemeinsamkeit. Wir müssen auch alles tun, um den Krieg gegen die Zukunft zu beenden. Oder wie es bei dem US-Bürgerrechtler Jesse Jackson heißt: Wir müssen die Party auf Kosten der Armen, der Natur und der Zukunft beenden.

Gewalt von Staaten oder Gruppen, die zur zentralen Begründung militärischer Interventionen wurden). Er stärkt Fundamentalist*innen und hinterlässt Waffen in Krisenregionen, die den Terror befeuern.

In der Einrichtung der Welt liegen die Wurzeln für Gewalt, auch für einen neuen Kolonialismus und die Militarisierung der Krisengebiete, deren Folgen die Destabilisierung der betroffenen Länder und die Ausweitung des internationalen Terrorismus sind. Das Ziel einer Befriedung des Landes und seiner Bevölkerung wird verfehlt. Umso mehr braucht unsere Zeit einen breiten Diskurs über die Friedens- und Sicherheitspolitik und darüber, was für eine gute Zukunft getan werden muss. Die Entwicklung der Welt ist an einem Wendepunkt. Sie steht „am Rande des Friedens“ (Siegfried Lenz).

¹ Ulrich Brand, Markus Wissen, Imperiale Lebensweise, oekom Verlag 2017

Wir können uns einer guten Zukunft nicht gewiss sein. Konflikte und Krisen nehmen zu, auch weil die Grenzen des Wachstums in der globalen Epoche keinen der alten Auswege lassen. Die ökonomischen, sozialen und ökologischen Grenzen sind zwar keine starren Grenzen, sondern abhängig von Technik, Wirtschaftssystem und Lebensweisen. Aber es sind Grenzen, die für unser Leben essentiell sind, und deshalb nicht überschritten werden dürfen. Und sie rücken näher.

Die Welt, die für menschliches Leben geeignet ist, geht zu Ende. Die nächsten Jahrzehnte werden wir unter „Grenzüberschreitungen“ (Jorgen Randers) leben, mit der Folge sich zuspitzender, erbitterter Verteilungskämpfe, die mit der Ausbreitung von Gewalt verbunden sein werden. Das Neue ist zwar schon da, aber in seiner Tragweite noch nicht erkennbar.

Doch noch immer werden die Grenzen des Wachstums missachtet – und damit die Tragfähigkeit unseres Planeten für menschliches Leben. Das Schneller, Höher und Weiter, das mit Fortschritt gleichgesetzt wird, ist als Ziel und Anleitung ungebrochen. Doch technische Lösungen bleiben zwar wichtig, aber sie sind kein Allheilmittel, sondern müssen – ebenso wie die wirtschaftlichen Prozesse – politisch gestaltet werden.

Insofern kommen Bedrohungen zusammen, die sich wechselseitig verstärken können. Die Klima- und Umweltkrise verschärft den Kampf um Ressourcen und die Verteilung der Lebenschancen. Die Abschottung des Wohlstands gegen den Rest der Welt erhöht die Gefahr von Terrorismus und Kriegen. Die Aufrüstung verstärkt privilegierte Interessen, statt zu einer solidarischen, sozialen und ökologischen Weltinnenpolitik kommt es zur militärischen Bewahrung des Status Quo.

Im Brundtland-Bericht der Vereinten Nationen von 1987 heißt es: „Die Erde wird zu einer verschmutzten, überbevölkerten, störanfälligen und ungleichen Einheit“. Als Konsequenz fordert der Report eine Wende hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, in der wirtschaftlich-technische Innovationskraft mit sozialer Gerechtigkeit, ökologischer Verträglichkeit und mehr Demokratie miteinander verbunden sind. Das ist das, was auch die NaturFreunde wollen. Die **Leitidee der Nachhaltigkeit** ist die Grundlage einer **friedlichen Weltinnenpolitik und auch des Friedens selbst**. Dafür müssen Prioritäten gesetzt werden, sowohl durch eine soziale und ökologische Gestaltung der Transformation als auch durch Abrüstung und Entspannung.

Dass der Frieden in erster Linie eine politische und gesellschaftliche Aufgabe ist, zeigt ein Blick in die europäische Geschichte. Karl Polanyi hat in „The Great Transformation“ deutlich gemacht, dass die Katastrophen des letzten Jahrhunderts – die beiden Weltkriege und die Weltwirtschaftskrise – eng mit der „Entbettung der Ökonomie“ aus gesellschaftlichen Bindungen verbunden waren. Das „freie Marktsystem“, so Polanyis These, erniedrigt die Menschen, zerstört die Natur und macht die Wirtschaft krisenanfällig. Deshalb muss das Marktsystem politisch gestaltet werden.

Heute heißt die Lehre daraus: Nachhaltigkeit muss zur Grundlage für innere Reformen und eine Weltinnenpolitik werden, die lokal, national und international wirken müssen. Nachhaltigkeit braucht starke soziale und demokratische Zivilgesellschaften, damit sich als Gegenpol zu den multiplen Krisen nicht ein neuer Nationalismus und Fundamentalismus ausbreiten können.

Auch innenpolitisch brauchen wir eine starke Friedensbewegung. Denn die geschichtlichen Erfahrungen, die unserer Gesellschaft eine Immunabwehr gegen Krieg und Extremismus gegeben haben, werden verdrängt. So wurde beispielsweise 2014 offiziell in Deutschland der einhundertjährigen Wiederkehr des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs, der „Urkatastrophe“ des letzten Jahrhunderts der Extreme, nur ungenügend gedacht.

Achtzig Jahre nach Beginn des Zweiten Weltkrieges macht sich mit der AfD und ihren verbündeten Gruppen und Organisationen heute ein aggressiver Nationalismus breit, so dass die Gespenster der Vergangenheit in neuer Form und mit neuen Gesichtern wieder hochkommen. Aus den sich zu-

spitzenden sozialen und ökologischen Konflikten, der Entbettung globaler Märkte, einem neuen Fundamentalismus und Nationalismus sowie der Militarisierung des Denkens und der verbreiteten Geschichtsvergessenheit droht ein gefährliches Gemisch zu werden.

Die großen Chancen, nach dem Ende der in Ost und West geteilten Welt zu einer europäischen Friedenspolitik zu kommen, wurden verspielt. Es siegten Angst und Arroganz, so wie es bei John LeCarré hieß: „Wir haben gewonnen. Nein, vielleicht haben die anderen nur verloren. Und jetzt werden die Probleme erst richtig deutlich“.

Zentrale Merkmale der Gegenwartsgesellschaft sind noch immer Kurzfristigkeit und Konkurrenz, Differenz und Abgrenzung. Dagegen werden Berechenbarkeit, Stabilität und Verlässlichkeit demontiert. Nach Auffassung des Sozialhistorikers Eric Hobsbawm gehen gefestigte Routinen und Zusammenhänge verloren, wir leben „in einer Art permanenter Gegenwart“. Richard Sennett nannte dieses Zeitregime des globalen Kapitalismus die „Diktatur der kurzen Frist“.

Die Sicherung des Friedens braucht in Politik und Gesellschaft die Fähigkeit, Zusammenhänge zu verstehen, Entwicklungstendenzen zu erkennen, Vertrauen zu bilden und neue Brücken zu bauen. Unsere Zeit braucht ein explizit utopisches Denken. Solange zu wenig in eine gemeinsame Zukunft investiert wird, in Infrastruktur, soziale Sicherheit, Bildung, Entwicklungszusammenarbeit sowie Klima- und Naturschutz, solange die EU sich nicht als Nachhaltigkeitsunion versteht, solange es keine gesamteuropäische Perspektive gibt, so lange nehmen multiple Krisen zu. Unsere Zeit braucht eine Politik, die gemeinsame Antworten zu finden bereit ist.

3. Vertane Chancen

Nach dem Ende der in Ost und West geteilten Welt waren die Chancen groß, in Europa zu einer dauerhaften Friedensordnung zu kommen. Die Vorlage hatte die von Willy Brandt entwickelte Friedens- und Entspannungspolitik geliefert. Der schwedische Regierungschef Olof Palme hatte sie im Namen der Vereinten Nationen aufgegriffen und 1982 zu einer weltweiten Strategie der gemeinsamen Sicherheit durch Vertrauensbildung, Abrüstung und Rüstungskontrolle erweitert. Offenbar wurde aber das Konzept im UN-Report „Gemeinsame Sicherheit“ nur verbal akzeptiert, aber nicht wirklich gewollt. Tatsächlich kam es nach einer kurzen Phase der Abrüstung Anfang der 1990er-Jahre zu neuer Aufrüstung und Konfrontation.

So wurde zwar 1990 die *Charta von Paris für ein friedliches Europa* auf einem KSZE-Sondergipfel von 32 europäischen Staaten sowie USA und Kanada beschlossen. Sie sollte in Europa dauerhaft Frieden schaffen, die Spaltung beenden und Menschenrechte und Grundfreiheiten garantieren. Das war die große Chance für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur, die weltweit hätte zum Vorbild werden können. Doch dazu kam es nicht.

In Deutschland schienen noch im Jahr 2000 die Ausgangsbedingungen für eine enge Partnerschaft günstig zu sein. Deutschland sah Russland als „herausgehobenen Partner“. Wladimir Putin äußerte sich positiv zur Europäischen Union, warb im Deutschen Bundestag für europäische Antworten auf die Bedrohungen der Welt und forderte die Westeuropäer auf, nicht nur nach Amerika zu schauen. Der russische Präsident beklagte sich in seiner Rede, dass sein Land nicht vom Westen als gleichberechtigter Partner angesehen würde. Er jedenfalls sei umgekehrt dazu bereit und sprach sich nachdrücklich für das *Gemeinsame Haus Europa* aus.

Doch weder die in der Charta von Paris, noch in der *Charta der Vereinten Nationen*, der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* oder der *Schlussakte von Helsinki* verankerten Prinzipien wurden zur Leitlinie der Politik. Sie wurden zumindest in ihrem Geist verletzt, nicht zuletzt auch durch die NATO-Osterweiterung. Das Feindbild Russland hatte – wenn überhaupt – nur für kurze Zeit ausgedient.

Statt Territorialverteidigung wurde die NATO eine auf Interventionskriege ausgerichtete Militärgemeinschaft, so auch die deutsche Bundeswehr, die heute wieder den Schwerpunkt auf die Landesverteidigung legen will. Seit 2014 hat Deutschland seine Militärausgaben von 32,4 Mrd. auf 43,2 Mrd. Euro im Jahr 2020 um fast 40 Prozent erhöht. In den letzten zwei Jahren waren die Steigerungsraten höher als in den Haushalten aller anderen 10 Länder, die an der Spitze der Rüstungsausgaben stehen. Weltweit entfallen auf die NATO-Staaten rund 55 Prozent der Rüstungsausgaben.

Die Annäherung der früheren Hegemonialmächte endete schnell, alte Feindbilder wurden neu aufgebaut. Die Frage bleibt: Warum kam es nicht zu einer europäischen Partnerschaft mit Russland, mit einem

wichtigen Teil des alten Kontinents? Warum tut sich die Politik schwerer als zu den Zeiten Breschnews, in denen die damalige UdSSR ideologisch deutlich dogma-

Das Verständnis von Europäischer Politik hat sich immer stärker verengt auf die Europäische Union. Und die Sicherheitspolitik der EU wurde immer mehr gleichgesetzt mit der NATO. Europäische Politik verliert ihr Profil.

tischer verfestigt war? Natürlich gibt es keine monokausalen Gründe und Erklärungen. Die innere Verfasstheit Russlands und der Umgang mit den Menschenrechten sind problematisch. Aber Einseitigkeiten sollten unterbleiben, denn es geht um Vertrauensbildung auf allen Seiten.

Die heute so ernüchternd gewachsene Distanz zeigte sich erstmals auf der Münchener Sicherheitskonferenz von 2007, auf der Putin wütend westliche Bestrebungen anprangerte, auf Betreiben von USA und NATO ein unipolares Weltsystem zu errichten, das den Erfahrungen der Geschichte und den Regeln der Demokratie widerspräche: „Ich denke, dass für die heutige Welt das unipolare Modell nicht nur ungeeignet ist, sondern überhaupt unmöglich.“

Putin stellte klar, dass sich Russland mit der Expansion der NATO nach Osten nicht abfinden würde. Er kritisierte die nukleare und konventionelle Rüstung, insbesondere den Aufbau neuer Raketenabwehrsysteme in Polen und Rumänien, die Washington mit den neuen Bedrohungen aus dem Iran begründete, sowie die Weigerung der NATO-Staaten, den AKSE-Vertrag zur Begrenzung der konventionellen Rüstung (Conventional Forces in Europe Treaty) von 1999 zu unterschreiben.

Tatsächlich kam es nach dem Zusammenbruch des Ostblocks zu einer Art *Pax Americana* statt zu einer „gemeinsamen Sicherheit“. Der Zwischenherrschaft folgte mehr und mehr ein weltpolitisches Vakuum, auch geprägt durch vielfältige Formen terroristischer Gewalt, die nicht zuletzt durch die Militarisierung der Nahostregion sowie durch die Radikalisierung ideologischer Konfrontation gefördert wurden.

Die Dynamik der Konfrontation und Aufrüstung schaukelte sich wieder hoch. In der post-sowjetischen Epoche gab es auf beiden Seiten gravierende Fehler, aber eben nicht nur auf russischer Seite, sondern auch in der Haltung der neuen EU- und NATO-Mitglieder in Mittel- und Osteuropa sowie in der Motivation, der Interessenlage und den Zielen der EU-Politik. Faktisch fand eine NATO-Einkreisung Russlands statt. Die Idee der Gemeinsamen Sicherheit landete im Abfalleimer.

Überwölbt wurde das Ganze von einer beginnenden Neuausrichtung der amerikanischen Außenpolitik in Richtung pazifischer Raum, China stieg quasi zum Hauptgegner auf. Lange Zeit wurde diesem Entfremdungsprozess weg von Europa wenig Aufmerksamkeit gewidmet.

2014 brachen dann die ungelösten Konflikte in der Ukraine in aller Schärfe auf. Die offenen Fragen im Verhältnis zu Russland wurden zu lange Zeit ignoriert.

Dennoch: In den letzten Jahrzehnten gab es keine ernsthaften Initiativen, auch nicht von der EU, die durch den 11. September 2001, den Irakkrieg, den Terror und dem Konflikt mit der Ukraine verschärfte Dynamik des Militärischen zu brechen. Die Zeit der Rüstungskontrolle und der Abrüstungsverträge ging zu Ende. Auch die deutsche Bundesregierung tat nichts, den Niedergang der Sicherheitsarchitektur zu stoppen. Am härtesten war die Aufkündigung des INF (*Intermediate Range Nuclear Forces*)-Vertrages zur Verschrottung von Atomraketen.

Dabei hätten die Europäer nach 1990, dem Ende des zweigeteilten Europas, gemäß den Zielen der Charta von Paris vorangehen können, um die Friedensdividende zu nutzen. Das wurde gründlich verpatzt. Die ungeklärten Fragen wurden drängender, aber ignoriert, das Säbelrasseln wurde lauter. Bis dann der Konflikt mit der „Orangen Revolution“ in der Ukraine offen ausbrach. Seit den Protesten in Kiew ist der Kalte Krieg erkennbar für alle zurück. Das Säbelrasseln wurde lauter, alte Konfliktlinien sind wieder da, die Konfrontation verschärft sich. Immer häufigere und größere militärische Aufmärsche oder Manöver entlang der 1.300 km langen Grenzen zwischen den EU-Staaten und Weißrussland/Russland fanden statt, sie sollten wechselseitig provozieren.

Weltweit behielten zahlreiche militärische Konflikte den Charakter von Stellvertreterkriegen der alten Supermächte, wobei es oftmals um den Zugang zu und Zugriff auf Rohstoffquellen und ihre Transportwege ging. Mit schlimmen Folgen, wie nicht nur Afghanistan und der unfassbar grausame Krieg in Syrien zeigen. Sechs Fakten machen das Versagen der Politik deutlich:

- **Seit 2019 sind die weltweiten Militärausgaben auf dem höchsten Stand seit 1989**, als es zum Zusammenbruch der alten Weltordnung kam. Angetrieben von den USA nimmt die Aufrüstung zu. Ein neues Wettrüsten ist längst keine leere Drohung mehr. Atomwaffen werden „modernisiert“, sie sind noch schneller und zielgenauer. Neue Formen der Manipulation und Kriegsführung werden durch die digitale Technik real und halten auch zur politischen Begründung noch höherer Rüstungsausgaben her.
- **Auf nur zehn Staaten entfallen 75 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben.** In dieser Rangliste liegt Deutschland auf Platz 7 und hatte 2019 wie 2020 die höchsten Zuwächse von allen zehn. Sollte Deutschland die unsinnige NATO-Forderung erfüllen, die Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen, würde unser Land je nach wirtschaftlicher Entwicklung auf Platz drei oder vier aufsteigen.
- **Der INF-Vertrag zum Verbot landgestützter Mittelstreckenraketen** (International Range Nuclear Forces), der 1987 von *Ronald Reagan* und *Michail Gorbatschow* unterzeichnet wurde, wurde am 1. Februar 2019 von US-Präsident *Donald Trump* **aufgekündigt**. Einen Tag später setzte auch der russische Präsident Wladimir Putin das Abkommen aus. Die mühsam aufgebaute Abrüstungsarchitektur brach am 1. August 2019 zusammen. Die INF-Vereinbarung war ein mutiger Durchbruch. Sie führte zwischen den

USA und der damaligen Sowjetunion zur Abrüstung von über 2.600 landgestützten nuklearen Mittelstreckenraketen und Marschflugkörpern mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 Kilometern sowie ihrer Abschussvorrichtungen. Ausgenommen sind die Waffensysteme, die auf Schiffen stationiert sind oder von Flugzeugen abgeschossen werden. Der INF-Vertrag, der zur Verschrottung einer ganzen Kategorie von Atomwaffen, also zu realer Abrüstung geführt hat, ist ein Erfolg, aber auch ein Vermächtnis der Friedensbewegung.

- Zwischen Russland und der Europäischen Union, bzw. NATO verfestigen sich die Spannungen. **Die wechselseitige Eskalationsdynamik trug zum militärischen Konflikt in der Ukraine bei** - mit der Folge einer Angliederung der Krim an Russland. Der Krieg hat bereits mehr als 10.000 Opfer gefordert - mitten in Europa.
- **Entlang der 1.300 Kilometer langen Grenze zu Weißrussland/Russland nehmen auf beiden Seiten die konventionelle Aufrüstung und ein Säbelrasseln zu.** Immer häufiger werden Manöver und Alarmübungen zu Provokationen militärischer Stärke, auch mit Annaconda 16, dem größten NATO-Aufmarsch überhaupt. Das noch größere Manöver Defender 21 konnte in der beabsichtigten Form nicht durchgeführt werden. Das verhinderten nicht etwa Vernunft und Einsicht, sondern die Corona-Pandemie.
- **Hinzu kommen neue Formen der Gewalt: Terrorismus, organisierte Kriminalität und die „fünfte Dimension der Kriegsführung“, die Digitalisierung der Angriffe.** Aus der dunklen Gegenwelt des Digitalen kommt das Gespenst des Cyberkriegs und der Cyberattacken. Mit Hilfe kaum überschaubarer Netzwerke wird ein Missbrauch möglich, der als Begründung herhält, noch mehr Geld in die Militärhaushalte zu pumpen. Die Nutzung **bewaffneter Drohnen** senkt die Schwelle für den Einsatz von Gewalt.

Die Welt wird immer mehr zu einer zerbrechlichen Einheit, aber verändert sich damit auch die Politik? Unsere Zeit ist weit hinter die UN-Programmatik der 1980er-Jahre zurückgefallen, die damals von der Suche nach Gemeinsamkeit geprägt war: *Gemeinsames Überleben, Gemeinsame Sicherheit, Gemeinsame Zukunft* - so die Titel der drei großen UN-Berichte zu den Nord-Süd-Fragen, zur Friedens- und Abrüstungspolitik und zu Umwelt und Entwicklung. Die Konsequenzen blieben aus. Warum werden wichtige UNO-Beschlüsse wie die Agenda 2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen oder das Ziel (nicht die vorgelegten unzureichenden Selbstverpflichtungen) des Pariser Klimavertrages noch immer vernachlässigt, auch in der Europäischen Union?

Auf jeden Fall wurde das Ungleichgewicht zwischen den geringen Aufwendungen für Krisenprävention und Konfliktvermeidung und den steigenden Rüstungsausgaben immer größer. Die internationale Politik blieb - und bleibt noch immer - in den alten Denkmustern gefangen. Welche Zukunft hat nun die NATO, das stärkste Militärbündnis der Welt, das sich bisher auf den atlantischen Raum bezieht, aber heute von den USA ausgehend in Richtung Pazifik verschiebt und erweitert? Welche Folgen hat es, wenn es keine politischen Aktivitäten für Abrüstung und Rüstungskontrolle gibt?

Diese weitreichenden Veränderungen vollziehen sich ohne ausreichende Transparenz und ohne ausführliche Debatte über die Sache. Sie aber sind notwendig. Wir NaturFreunde müssen unseren Beitrag leisten, dass keine vollendeten Tatsachen geschaffen werden. Die große Mehrheit in unserem Land will eine aktive Friedenspolitik.

3. Der 2-Prozent-Fetisch

Wenn höchste Repräsentant*innen unseres Staates fordern, „Deutschland muss mehr Verantwortung übernehmen“ meinen sie meist, die Militärausgaben drastisch zu steigern. Deutschland müsse sich stärker an Militäraktionen beteiligen, zumal sich die USA aus Krisengebieten zurückzögen. Deshalb fordern sie auch eine schnelle Umsetzung militärischer Ziele. Die wichtigste Maßnahme ist danach der zwar rechtlich nicht verbindliche, aber von den Regierungen der NATO-Staaten akzeptierte Beschluss, die Ausgaben für das Militär auf jährlich mindestens 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen.

Das 2-Prozent-Ziel ist nichts anderes als ein böser Fetisch, der keinen inhaltlich begründeten Bezug zu einer zeitgemäßen Sicherheits- und Entspannungspolitik hat. Er geht in die falsche Richtung, statt zu Entspannung und gemeinsamer Sicherheit in die Ideologie des Kalten Krieges. Und er ist auch nicht durchdacht: Was ist zum Beispiel in der Corona-Krise: Sollen mit der sich abschwächenden Wirtschaftskraft auch die Militärausgaben gesenkt werden? Der frühere ZEIT-Chefredakteur und Experte in der Außenpolitik Theo Sommer nannte das 2-Prozent-Ziel zu Recht eine „Milchmädchenrechnung“.

Nahezu alle NATO-Staaten rüsten ihre Armeen auf mit der Behauptung, mehr Waffen ermöglichen mehr Sicherheit. Während die US-Regierung bei der Menschheitsfrage Klimaschutz internationale Vereinbarungen lange Zeit mit penetranter Sturheit ignoriert hat, verfolgt sie seit Mai 2017 das Ziel, die

Rüstungsausgaben in den NATO-Bündnisstaaten auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen,

*„Wir müssen den Irrsinn der Hochrüstung endlich stoppen“
(Willy Brandt)*

mit einer Härte und demagogischen Robustheit, die alle Befürchtungen übertrifft. Die USA behaupten: „23 von 29 NATO-Ländern zahlen immer noch nicht, was sie zahlen sollten“. Die säumigen Zahler seien NATO und den USA „eine ungeheure Menge Geld schuldig“.

Wo soll das hinführen? Rund 55 Prozent der globalen Rüstungsausgaben entfallen auf die NATO. Das waren 2020 fast eine Billion US-Dollar, davon 649 Mrd. US-Dollar Ausgaben der USA. Rüstungsausgaben, die jetzt auf über 700 Mrd. US Dollar gesteigert werden sollen.

Der 2-Prozent-Fetisch ist in erster Linie ein ideologisches Produkt der Militärs, des militärisch-industriellen Komplexes und verunsicherter Politiker*innen, denen wenige Stichworte reichen, um zu Verfechter*innen der Aufrüstung zu werden. Zur Verstärkung der Forderung wird in Deutschland auch eine Schwarzmalerei über den schlechten Ausrüstungsstand der

Bundeswehr betrieben. Zweifellos gibt es Missstände, eine aufgeblasene Bürokratie, ein unheilvolles Berater*innenwesen, Mängel und Versäumnisse bei den Streitkräften und im Verteidigungsministerium, aber andere Länder stehen mit vergleichbaren oder sogar niedrigeren Ausgaben wesentlich besser da als Deutschland, das weltweit an siebter Stelle bei den Rüstungsausgaben liegt.

Würde das 2-Prozent-Ziel erfüllt werden, stiege der Verteidigungsetat in unserem Land - abhängig von Wirtschaftswachstum und Inflationsrate - auf bis zu 90 Mrd. US-Dollar an. Nach heutigem Stand würde Deutschland auf den vierten Platz der Militärausgaben vorrücken, weit vor den Atommächten Frankreich und Großbritannien - und auch vor Russland. In Folge der NATO-Aufrüstung würde es weltweit zu einer erheblichen Steigerung der Militärausgaben kommen. Geld, das in wichtigen Bereichen fehlen würde, die für den Frieden eine zentrale Bedeutung haben.

Auch die Mehrzahl der Medien übernimmt kritiklos den 2-Prozent-Fetisch. Es passiert auffallend selten, dass es zu einer rationalen oder sogar kritischen Einordnung der Militärausgaben kommt. Einige Kommentator*innen werfen den Kritiker*innen der Aufrüstung sogar eine „katastrophale Realitätsverweigerung“ vor, weil der deutsche Verteidigungsetat noch viel schneller steigen solle. Dabei haben die Militärinterventionen der letzten Jahrzehnte in Afghanistan, im Irak, in Libyen oder in Syrien zu schlimmen Zerstörungen und millionenfachen Opfern geführt. Und haben ihre Hinterlassenschaften nicht auch den Extremismus gefördert? Was haben wir denn aus Afghanistan gelernt?

Und was soll Deutschland in der Logik der Militärs tun? Sich etwa direkt am Krieg in Syrien beteiligen, wo es auch um die Transportwege von Öl und Gas geht? Europäischer Rüstungsvorreiter werden? Nicht mehr diplomatisch eingreifen, wenn der Iran eine Atommacht zu werden droht? Buße tun, weil Deutschland nicht beim Irakkrieg mitgemacht hat? War die deutsche Friedens- und Entspannungspolitik falsch, obwohl sie ein wesentlicher Baustein der deutschen Einigung war?

Die NaturFreunde sind davon überzeugt: Deutsche Verantwortung heißt, den Irrsinn der Aufrüstung stoppen. Die enorme Steigerung der Rüstungsausgaben blockiert überfällige Reformen, die für den Frieden wichtig sind. Unsere Zeit braucht dringend eine gemeinsame Sicherheit und eine sozial-ökologische Gestaltung der Transformation. Im Sinne von *Norbert Elias* erfordert das in erster Linie die Zivilisierung von Gewalt, die als Ursache für die Entschärfung und Verhinderung von Konflikten und Kriegen ausschlaggebend ist.

4. Unsere Zeit braucht gemeinsame Sicherheit

Die Aufgabe unserer Zeit ist es, die Eskalationsdynamik des Militärischen zu brechen. Natürlich kann in unserer Welt voller Ungleichheit, Gewalt und Krisen, voller sozialer, kultureller und ökologischer Konflikte die Antwort nicht nur Palmenzweig und Zimbelton sein, aber entscheidend ist, dass die Ursachen der multiplen Krisen und der Konfrontation angegangen

werden, statt nur die Folgen zu bekämpfen und die bestehenden Herrschaftsverhältnisse zu sichern. Die Militarisierung der internationalen Politik ist falsch.

Eine neue Friedens- und Entspannungspolitik ist notwendig, nicht nur wegen des sich verschärfenden Kalten Krieges, sondern um ebenso den anthropogenen Klimawandel, das Überschreiten planetarischer Grenzen oder die Zuspitzung sozialer Ungleichgewichte zu stoppen. Auch sie sind das Produkt eines überholten Denkens, von Finanzgier und egoistischer Interessen, die die Folgen unseres Handelns oder Nichthandelns „externalisieren“, also ungelöste Probleme und wachsende Kosten auf die Natur, sozial Schwache und künftige Generationen abwälzen. Die Leitidee der Gemeinsamen Sicherheit ist noch wichtiger geworden.

Der Zugang zu den Friedensfragen muss erweitert werden. Denn auch das Modell des nationalen Wohlfahrtsstaats, das weltweit als Vorbild für Wohlstand, Integration und Fortschritt diente, ist an sozial-ökologische Grenzen geraten. Es verliert seine Handlungsfähigkeit nicht allein durch die Globalisierung der Märkte, sondern auch durch die Überlastung der Öko-Systeme. Notwendig ist ein neues Modell gesellschaftlicher Moderne, das von Wachstum zu Entwicklung kommt. Das ist in erster Linie eine Herausforderung an die Europäische Union, die mit neoliberalen Machtspielen in der globalen Konkurrenz nicht bestehen könnte. Sie braucht ein neues Modell von Moderne.

Sicherheit kann nicht länger nur militärisch und vor allem nicht einseitig bzw. autonom erlangt werden „Beide Seiten müssen Sicherheit erlangen, nicht vor dem Gegner, sondern gemeinsam mit ihm“ (Olof Palme).

Wir sind davon überzeugt, dass es eine Alternative zu der immer wieder behaupteten „Alternativlosigkeit“ der Aufrüstung gibt. Sie ergibt sich aus der Grundidee der drei großen UN-Kommissionen der 1980er-Jahre, der Idee der Gemeinsamkeit, auf der die Empfehlungen für eine gemeinsame Sicherheit, für eine nachhaltige Entwicklung und für die Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd aufbauen. Nur wenn unser Land und Europa diese Ideen verfolgen, die alle zu einer „gemeinsamen Sicherheit“ führen, werden wir unserer Verantwortung gerecht. Abrüstung ist hierbei eine Schlüsselfrage.

Olof Palmes Definition von gemeinsamer Sicherheit aus dem Jahr 1982 ist unverändert aktuell: „Wir müssen eine Sicherheit, die auf ständig wachsende Rüstung angewiesen ist, schrittweise durch eine Sicherheit ersetzen, die grundsätzlich politisch ist und auf gegenseitigem Vertrauen beruht. Politische und ideologische Gegner müssen trotz grundlegender Meinungsverschiedenheiten zusammenarbeiten, um einen Atomkrieg zu vermeiden – zusammen überleben oder zusammen sterben.“

Palme hat Recht: Im Zeitalter der Atomwaffen, aber auch konventioneller Waffensysteme, die einen mehrfachen Overkill möglich machen, kann es keine Gewinner*innen geben. Na-

türlich haben sich die Rahmenbedingungen weitreichend geändert, auch durch neue Waffensysteme, eine expansive, immer mehr digitalisierte Kriegsindustrie und den Terrorismus. Aber auch hier sind zuerst politische Antworten gefragt, statt die Spirale der Aufrüstung und Gegengewalt immer schneller zu drehen.

Das Ringen um eine neue Weltordnung ist im vollen Gange, die kurze Zeit der unipolaren Welt, bestimmt von einer Pax Americana, ist schon wieder vorbei. Manche der heutigen Reaktionen der USA, auf die immer noch 36 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben entfallen, müssen vor diesem Hintergrund gesehen werden. Vor allem China, aber auch Russland und Indien sind dabei, neben den USA zu machtvollen globalen Playern aufzusteigen. China vor allem mit ökonomischer Wucht, aber auch mit militärischer Kraft, Indien ist bereits die Nummer 3 bei den Rüstungsausgaben, Russland sucht neue Stärke als Ordnungsmacht und Ressourcenmonopolist.

Mitteleuropa steht zwar nicht mehr im Zentrum der Stationierung von Atomwaffen, auch die ideologische Systemkonkurrenz hat an Bedeutung verloren. Mit China ist eine neue Weltmacht im Spiel. Die USA orientieren sich auch deshalb stärker auf den pazifischen Raum, die atlantische Partnerschaft verliert an Bedeutung. Doch gerade das ist die Chance für Europa, eine neue, eigenständigere Rolle für Entspannung und Nachhaltigkeit einzunehmen.

Die großen Player treffen aber auf eine uneinige und zerstrittene EU, die seit einigen Jahren im Krisenmodus verharrt, zu dem auch der Brexit gehört. Wohin treibt die EU? Entsteht eine Weltordnung ohne den europäischen Westen? Wird die EU mit ihren Plänen für eine europäische Armee einer imperialen Logik folgen, nach der eine starke Wirtschaftsmacht auch eine starke Militärmacht sein muss? Oder hat sie die Kraft und den Willen, nach der Leitidee der Nachhaltigkeit zu einer Erneuerung des europäischen Modells der Moderne zu kommen, das erneut weltweit ausstrahlt?

Die Grundideen von Gemeinsamkeit, Vertrauensbildung und gemeinsamer Sicherheit sind dann wichtiger denn je. Andernfalls können die Globalisierung der Märkte, die gestiegene Macht des Finanzkapitals, aber auch die sozialen Ungleichheiten, die globalen Umweltgefahren und die Ausplünderung der knapper werdenden Naturressourcen weltweit zu einem neuen Kolonialismus führen. Dagegen hilft nur eine Weltinnenpolitik, die auf der sozialen und ökologischen Gestaltung der Transformation aufbaut.

Die Suche nach gemeinsamer Sicherheit gehört ins Zentrum der europäischen Politik, nicht nur militärisch, sondern auch in den sozialen, kulturellen und ökologischen Konfliktfeldern. Doch nicht nur die USA, auch die Westeuropäer scheinen verlernt zu haben, das offene Gespräch mit Russland, unserem wichtigen Nachbarn im Osten Europas, zu führen. Das aber müssten speziell die EU-Staaten tun, um die Militarisierung der Welt zu stoppen. Welche Rolle müsste Deutschland einnehmen, um eine Abrüstungs- und Friedenspolitik zu stärken?

Obwohl der heutige Umbruch noch schwer zu überschauen ist, steht fest: An dieser Weggabelung geht es entweder um eine Militarisierung der weiteren Zukunft oder um eine Zivilisierung der internationalen Beziehungen. Ein erster mutiger Schritt wäre es, beim Export von Rüstungsgütern und bei den Rüstungsausgaben auf die Bremse zu treten.

Wir brauchen Systeme der kollektiven Sicherheit, die nicht nur auf Rüstungskontrollvereinbarungen abzielen, was schon aufgrund der Geschwindigkeit und Vernichtungskraft moderner Waffensysteme notwendig ist. Wir brauchen vertrauensbildende Maßnahmen auch wegen der heraufziehenden weltwirtschaftlichen Rezession, sich zuspitzender sozialer Ungleichgewichte, globaler ökologischer Gefahren und ungelöster kultureller Konflikte. Sie müssen Gewalt eindämmen und zu mehr internationaler Kooperation kommen. Wir brauchen mehr Vernunft und Bereitschaft zu einer internationalen Kultur des Friedens.

5. Friedensprojekt Europa?

Die berechtigten Fragen, die der Sozialphilosoph Hans Joas zum Friedensprojekt Europa stellt, sind: Wird Europa (hier gleichgesetzt mit der Europäischen Union) durch eine gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik zu einer „eigeninteressierten Großmacht, die sich von den anderen Mächten nicht prinzipiell unterscheidet“ oder kann Europa zu einem globalen Akteur werden, der „sich (...) von der ewigen Dynamik von Machtkämpfen unterscheidet?“ Oder wird Europa zu einer Kraft, die auch jenseits ihrer Grenzen kooperative Tendenzen fördert oder verstärkt es als global auftretender Akteur sogar den Nationalismus im Inneren? Und: Kann die europäische Einigung sogar zu einer neuen Form des Imperialismus führen?

Die Antworten darauf sucht Joas in einer historischen Reflexion von Föderalismus und Imperialismus, besonders in den Denkweisen der 1920er-Jahre, nachdem der Erste Weltkrieg ein epochaler Bruch in der europäischen Geschichte war. Einen solchen, wenn auch andersgearteten Bruch gibt es heute auch. Was ist die neue Rolle der europäischen Föderation in der Weltpolitik? In Deutschland nahm die Föderation zwischen den beiden Weltkriegen stärker als in anderen Ländern eine militaristische Richtung ein, von der sich unser Land nach 1945 weitestgehend wieder abgewandt hat.

Joas bezieht sich auf den Historiker Otto Hintze, ein Pionier der vergleichenden Verfassungsgeschichte, und auf den rechtskonservativen Staatsrechtler Carl Schmitt, der mit seinem glühenden Einsatz für das NS-Regime ein „Prototyp des gewissenlosen Wissenschaftlers“ (Thomas Darnstädt) war, die beide eine Föderation ablehnten.

Hintze sah nach dem Ersten Weltkrieg einen „föderalen“ oder „föderalistischen“ Imperialismus heraufziehen, der auf eine Machtpolitik hinauslief, die durch Expansion und Gewaltandrohung zur Bildung von Großreichen führe. Er bewertete Föderationen aber nicht nur negativ, sondern beschrieb positiv auch neue Kooperationsformen und verwies dafür auf die

„Schweizer Eidgenossenschaft“. Hintze kritisierte den Völkerbund als Instrument des französischen Imperialismus, schloss aber nicht aus, dass das Föderale das Imperiale auch erfolgreich zurückdrängen könne.

Schmitt verfolgte eine radikale Entnormativierung friedenspolitischer Ziele und sah im Völkerbund eine Unterwerfung Deutschlands unter die Interessen eines anglo-amerikanisch-französischen Universalismus. Oder – auch das schien ihm möglich – unter die Dominanz einer weltbestimmenden marxistischen Ideologie. Sein Fazit: Der Versuch, den Krieg zu verdammen oder gar zu verbieten, trüge unter diesen Bedingungen nicht zum Frieden bei, sondern verschlimmere die Sache. Schmitt lieferte mit seiner Argumentation von der Großraumordnung mit Interventionsverbot, in der ein machtvoller Staat völlige Bewegungsfreiheit genieße, Hitler die ideologische Rechtfertigung für Gewalt und Krieg gegen die „völkerrechtliche Unzulässigkeit von Interventionen raumfremder Mächte in einem von einem Ordnungsprinzip beherrschten Großraum“.

Daraus ergibt sich, dass ein Friedensprojekt Europa auf keinen Fall einer Großraumordnung anhängen darf. Es wäre ein Bruch mit der Nachkriegspolitik, denn die Verhinderung eines neuen Krieges und die Friedenssehnsucht wurden zur Triebkraft für die europäische Einigung, die sich anfangs auf das „karolingische Dreieck“ (Adenauer, Schumann und De Gasperi) reduzierte. Aus historischen Gründen und unter den Bedingungen des Kalten Krieges war das Einigungsprojekt anfangs auf den europäischen Westen begrenzt. Und es wurde verknüpft mit der NATO unter der Führung der imperialen Macht USA.

In der Außenwahrnehmung Europas hat dieses „Doppelgesicht“ eine zentrale Bedeutung für die heutigen Konflikte und für die fatale Verhinderung einer gesamteuropäischen Perspektive. Joas verweist in diesem Prozess auch auf die Geschichte und die Interessen der früheren Kolonialmacht Frankreich, die sich in den Verträgen widerspiegeln. Vor diesem historischen Hintergrund sind die Interventions- und Dominanzgefahren, die eine verstärkte Europäisierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit sich bringt, nicht zu verleugnen. Hinzu kommt das eingeschränkte Verständnis, das nicht ganz Europa (Ausschluss Russland) sieht, sondern sich weitestgehend auf die EU und Großbritannien bezieht.

Natürlich hat sich die EU zu einem Gebilde entwickelt, in dem es eine Präferenz zu Multilateralismus, einer regelorientierten Ordnungspolitik und einer strukturbildenden Friedens- und Entspannungspolitik gibt. Doch was bedeutet diese Ausrichtung in einer Zeit, in der von der (NATO-basierten) EU eine „Sprache der Macht“ und eine massive Aufrüstung gefordert werden? Offen wird bereits der deutsche Parlamentsvorbehalt als Hemmschuh für eine „stärkere Integrationsfähigkeit Deutschlands in Europa“ bezeichnet. Oder es wird eine Verlagerung der Kompetenz für Militäreinsätze auf EU-Institutionen gefordert, womöglich als Mehrheitsentscheidung? Und was bedeutet eine „Europäische Armee“ für die Atomfrage, wird Deutschland über einen europäischen Umweg das, was die große Mehrheit unseres Landes nie wollte: eine Atommacht?

Die NaturFreunde sehen es als gefährlichen Rückschritt, wenn in schneidigem Ton eine „Normalisierung“ der deutschen Rolle in der Welt gefordert und Aufrüstung als „deutsche Verantwortung“ bezeichnet werden darf. Wir sind davon überzeugt, dass die Rolle Europas anders aussehen muss: Vorreiter bei der sozialen und ökologischen Gestaltung der Transformation.

6. Wer den Frieden will, muss für den Frieden kämpfen

Wer den Frieden will, muss sich für den Frieden einsetzen: *Vis pacem, para pacem!* Der Frieden erfordert in der globalen Welt eine Weltinnenpolitik, deren Leitidee die sozial-ökologische Gestaltung der Transformation auf der Basis der Nachhaltigkeit ist. Notwendig ist eine breite Debatte, welche Schritte für mehr Sicherheit, Frieden und Entspannung notwendig sind.

Die Vereinten Nationen haben in der *Agenda 2030* dafür 17 Nachhaltigkeitsziele (*Sustainable Development Goals*) aufgezeigt. Abrüstung und Frieden sind Voraussetzung und Konsequenz dieser Programmpunkte. Deutschland und die Europäische Union können sich in diesem Sinne als Friedenskraft profilieren, nach innen wie nach außen.

Die Tragik unserer Zeit ist nämlich, dass die Menschheit zwar über einzigartige technische, ökonomische und kulturelle Möglichkeiten verfügt, um allen ein gutes Leben garantieren zu können. Aber sie werden nur unzureichend genutzt, denn unsere Welt ist von Egoismus und Profitgier, von Kurzsichtigkeit und Raubbau, von Ausgrenzung und Macht geprägt. Abrüstung ist ein Gebot der Stunde, auch um mehr Finanzmittel in die sozial-ökologische Transformation zu lenken – zum Beispiel für den Klimaschutz, mehr Bildung oder die Entwicklungszusammenarbeit und nicht zuletzt für die überfällige Modernisierung der Infrastruktur und die Ausweitung und Verbesserung des öffentlichen Wohnungsbaus.

Deshalb sagen wir *Abrüsten statt Aufrüsten – neue Entspannungspolitik jetzt!* Um sie zu ringen, auch zu streiten, das ist ein Gebot der Vernunft. Umso wichtiger ist eine starke Friedensbewegung, die von breiten gesellschaftlichen Bündnissen getragen wird und sich für eine „Friedensmacht Europa“ einsetzt. Das ist dringend notwendig, denn auch die EU ist an Gewalt beteiligt, sogar an kriegerischen Auseinandersetzungen. Auch sie treibt die Militarisierung der internationalen Beziehungen mit voran. Doch richtig ist auch: Ohne eine gesamt-europäische Politik, die auf eine echte Sicherheitspartnerschaft zielt, wird Europa immer mehr an Bedeutung verlieren. Deshalb abschließend fünf Feststellungen:

- Rüstungskontrolle und Abrüstung haben für die Entwicklung der Gesellschaften eine zentrale Bedeutung. Sie sind ein entscheidender Schlüssel für ein ziviles Zusammenleben der Menschen, national und international. Natürlich wissen wir, dass Frieden mehr erfordert als Programme und Absichtsbekundungen. In erster Linie braucht er ein gesellschaftliches Modell, das sich in der globalen Welt wirtschaftlich, sozial und ökologisch behaupten und mehr Demokratie verwirklichen kann, also nachhaltig ist.

- Statt die fatale Spirale der Aufrüstung und Militarisierung zu drehen, müssen die Ursachen von Gewalt und Krieg erkannt und der Wille zu ihrer Beseitigung gezeigt werden. Friedenspolitik ist immer auch Sozial-, Umwelt- und Entwicklungspolitik. Friedensprojekt Europa erfordert eine gesellschaftliche Ordnung, die überall in der Welt als Vorbild gesehen werden kann.
- Höhere Rüstungsausgaben als Antwort auf den neuen kalten Krieg sind untauglich. Statt die Militärausgaben zu erhöhen, um die USA „bei der Stange“ zu halten, muss die EU als Gegenmodell eindeutige Prinzipien für eine friedliche Welt verfolgen.
- Wir lehnen eine Steigerung der Rüstungsausgaben ab. Es geht um Abrüsten statt Aufrüsten. Sicherheit bemisst sich nicht in wachsenden Verteidigungsbudgets.
- Von Deutschland und Europa muss eine Kultur der Friedensfähigkeit ausgehen. Und zwar von einem Europa, das nicht nur die Europäische Union sieht, sondern den ganzen Kontinent. Das „europäische Haus“ (Michail Gorbatschow) braucht eine Generalsanierung.
- Unser Ziel ist eine solidarische Weltinnenpolitik. Die Frage ist, wie sich Deutschland und die EU dafür engagieren? Ob sie den Status Quo nur zu verteidigen suchen oder sich für die überfällige sozial-ökologische Gestaltung der Transformation einsetzen? Dann kann das „europäische Modell“ wieder zu einem Vorbild für die Entwicklung auf unserem Planeten werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass es zu einem Jahrhundert der Nachhaltigkeit und Abrüstung kommt. Das kann nicht einfach der Traditionskammer unserer Gesellschaft entnommen werden, sondern muss neu erkämpft werden. Dafür ist unter neuen Bedingungen und angesichts neuer Herausforderungen die Suche nach politischen und gesellschaftlichen Gemeinsamkeiten notwendig, so wie es dies auch in der Entspannungspolitik der 1970er-Jahre war. Zudem brauchen wir europäische Impulse für eine Reform, Stärkung und Demokratisierung der internationalen Institutionen, allen voran der Vereinten Nationen.

Natürlich trifft eine Friedens- und Entspannungspolitik auf andere Bedingungen und Akteur*innen als in der „alten“, zwischen Ost und West geteilten Welt, sowohl in den staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen als auch in den politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen. Hinzu kommen neue soziale und ökologische Herausforderungen der globalen Welt. Aber die zentralen Prinzipien der Friedens- und Entspannungspolitik gelten noch immer.